

POLITISCHER BERICHT TÜRKEI

ÜBERSICHT

- **Reaktionen in der Türkei auf den EU-Fortschrittsbericht**
- **Präsidentenwahl der Großen Türkischen Nationalversammlung**
- **Zusammenschluss auf dem linken Parteienspektrum**
- **Info-Mail**

Reaktionen in der Türkei auf den EU-Fortschrittsbericht vom 06. Oktober 2004

Die türkischen Medien überschlugen sich mit pathetischen Aufmachern und begrüßten überschwänglich das Votum für den Beginn von Beitrittsverhandlungen im EU-Fortschrittsbericht vom 06. Oktober 2004. Mit Überschriften wie „*Gute Reise Türkei*“ (Hürriyet), „*Heute ist ein viel schönerer Tag*“ (Milliyet), „*JA, eine neue Türkei*“ (Sabah), „*JA, Grünes Licht für die EU-Mitgliedschaft*“ (Tercüman), „*Die Türe hat sich geöffnet*“ (Türkiye), „*Grünes Licht für ein Datum für die Türkei*“ (Zaman), „*Beifall für alle*“ (Vatan), „*Das Finale ist erreicht*“ (Yeni Şafak), „*Herzlichen Glückwunsch, Möge die Arbeit leicht werden*“ (Radikal) und „*Ein Ja ohne Garantie*“ (Akşam) fielen die Titel auf den ersten Seiten der wichtigsten türkischen Gazetten durchweg positiv aus. In der Türkei ist nun eine erhebliche Erleichterung zu verspüren, da die Diskussionen um die Strafrechtsnovelle zwischen der türkischen Regierung und der EU noch vor zwei Wochen für beachtliche atmosphärische Störungen sorgte.

Nach der ersten Euphorie werden nun kritische Stimmen laut da der Bericht erstmals einige Regelungen empfiehlt, die bisher noch nie am Anfang eines EU-Beitrittsprozesses zur Diskussion standen. Ministerpräsident Erdoğan bezeichnete in seiner Rede vor der Großen Türkischen Nationalversammlung den EU-

Fortschrittsbericht als ausgeglichen. *„Es gibt keine Bedingungen, es wurde deutlich ein Grünes Licht gegeben. Wir hoffen, dass die Verhandlungen in den ersten fünf Monaten 2005 beginnen. Das Einfrieren der Verhandlungen wäre ein schändliches Benehmen“*. Erdoğan bezeichnete den Bericht als Sieg des türkischen Volkes und vergaß bei seiner Rede auch nicht, allen bedeutenden Politikern der letzten Jahrzehnte staatsmännisch für ihre EU-Bemühungen zu danken.

Außenminister Abdullah Gül hingegen bezeichnete den Bericht als nicht ausreichend objektiv: *„Der Umstand, dass für die Türkei unterschiedliche Kriterien und Methoden für die Beitrittsverhandlungen vorgeschlagen wurden, zeigt eine Annäherung, der es an Konstruktivität und Objektivität mangeln lässt. Diese Vorschläge stehen im Widerspruch zu den Kopenhagener Entscheidungen, die der Türkei eine Gleichbehandlung garantierten und darüber müssen wir reden“*. Zwar bewerte er die Diskussionen um die Türkei als nicht außergewöhnlich, da es ein großes Land sei. Die Beschränkung der Niederlassungsfreiheit für türkische Arbeitnehmer auf Dauer zu akzeptieren, sei jedoch nicht möglich, so Gül.

Ferner stießen weitere Inhalte des Fortschrittsberichts auf Unverständnis und Kritik. Die Bezeichnung der Aleviten und Kurden als ethnische Minderheiten wurde sogar von alevitischen Vertretern aufs schärfste zurückgewiesen. Sie möchten sich als Bürger der Türkischen Republik verstanden wissen. Die harscheste Kritik kam vom Parteivorsitzenden der Nationalen Bewegungspartei (MHP) Devlet Bahçeli. Es könne nicht sein, dass die Türkei bezüglich der „Road-Map“ und der Mechanismen anders andere EU-Beitrittsländer behandelt werde.

Im Allgemeinen überwiegen aber die positiven Stimmen. Die türkische Wirtschaft hat durch ihre Verbände verlauten lassen, dass man am Anfang stünde und mit Bedacht die weiteren Entwicklungen abwarten müsse. Auf jeden Fall sei es nicht an der Zeit zu jubilieren. Das Glas sei zwar halbvoll, aber sich zurückzulehnen, wäre die falsche Antwort. Einige türkische Kolumnisten konnten den Auflagen sogar noch etwas Positives abgewinnen. Die Türkei sei so gefordert, auch wirklich alle Standards peinlichst genau zu übernehmen. Das Land könne sich nie auf der sicheren Seite fühlen und dadurch würde dem Schlendrian Einhalt geboten.

Einige Kolumnisten würdigten die Tatsache, dass sich in der EU gerade jene Parteien - insbesondere die Grünen - für eine EU-Mitgliedschaft der Türkei stark machten, deren Vertreter über Jahre hinweg die schärfsten Türkei-Kritiker waren. Die europäischen Konservativen und Christdemokraten hingegen hätten nun die größten Schwierigkeiten, diese Empfehlung zu akzeptieren. Aussagen des Vorsitzenden der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Prof. Hans-Gert Poettering, wurden dafür herangezogen. Er prangere nun die Bestrafung von Folter in der türkischen Strafrechtsnovelle als ungenügend an und nutze dies als Argument gegen eine türkische EU-Mitgliedschaft. Wahrscheinlich, so mutmaßt der Kolumnist Hurşit Güneş der Tageszeitung Milliyet, gingen den Gegnern mittlerweile die Argumente aus.

Präsidentenwahl der Großen Türkischen Nationalversammlung

Die Geschäftsordnung der Großen Türkischen Nationalversammlung sieht zwei Amtszeiten in einer Legislaturperiode für den Präsidenten des Parlaments vor. Die erste Wahl gilt für zwei Jahre und danach wird der Parlamentspräsident für drei Jahre gewählt. Die Abstimmung ist geheim und in den ersten beiden Wahlgängen ist eine 2/3 Mehrheit erforderlich. Im dritten Wahlgang genügt die einfache Mehrheit. Sollte ein vierter Wahlgang erforderlich sein, so gilt derjenige mit den meisten Stimmen als gewählt.

Erst im dritten Wahlgang wurde der bisherige Parlamentspräsident Bülent Arınç (AKP) mit 381 Stimmen von 478 anwesenden Stimmberechtigten für weitere drei Jahre in seinem Amt bestätigt. Vor zwei Jahren wurde Bülent Arınç mit 369 Stimmen bereits im ersten Wahlgang gewählt.

Fraktionen im türkischen Parlament können keine Kandidaten vorschlagen, die Kandidaten selbst müssen ihre Kandidatur dem Parlamentspräsidium mitteilen. Ministerpräsident Tayyip Erdoğan unterstützte öffentlich die Kandidatur Bülent Arınçs. Daraufhin hatte die oppositionelle Republikanische Volkspartei (CHP) verlautbaren lassen, aus ihren Reihen werde es keinen Gegenkandidaten geben. Sie würden ihren Stimmzettel leer lassen und somit ungültige Stimmen abgeben.

Einige Tage vor dem ersten Wahlgang jedoch ließ sich unerwartet eine junge AKP-Abgeordnete, Serpil Yılmaz, aus Izmir als Gegenkandidatin aufstellen. Diese konnte im ersten Wahlgang von 506 Stimmen 157 und im zweiten Wahlgang 131 Stimmen auf sich vereinigen. Vor dem dritten und letztlich entscheidenden Wahlgang zog sie ihre Kandidatur jedoch zurück. Die chancenlose Kandidatur von Frau Yılmaz war eher Ausdruck eines Missfallens einiger Abgeordneter. So rief vor der Wahl der Istanbulener AKP-Abgeordnete Göksal Küçükali dazu auf, nicht für Arınç zu stimmen. Er warf ihm vor, einen eigensinnigen Politikstil zu pflegen und sich nicht ausreichend für die Belange der Abgeordneten einzusetzen.

Zusammenschluss im linken Parteienspektrum

Der ehemalige Außenminister İsmail Cem gründete am 22. Juli 2002 vor den letzten Parlamentswahlen die „Neue Türkei-Partei“. Dies war eine Abspaltung der damaligen Regierungspartei „Demokratische Linkspartei“ (DSP) von Bülent Ecevit, die dem linken sozialdemokratischen Parteienspektrum zuzuordnen ist. Die DSP war Jahre zuvor aus der CHP hervorgegangen. Er war als CHP-Vorsitzender in den siebziger Jahren Ministerpräsident. Während die Republikanische Volkspartei (CHP) unter Deniz Baykal wie ein Phönix aus der Asche unerwartet 19,4% der Stimmen in den Parlamentswahlen des Jahres 2002 auf sich vereinigen konnte und mit 177 Abgeordneten neben der AKP als einzige weitere Partei im Parlament vertreten war, schnitt die YTP mit nur 1,15% der Stimmen sehr schlecht ab. Nach zwei Jahren, in denen die YTP fast in der Bedeutungslosigkeit verschwand, tritt die YTP der CHP bei. In einer CHP-Fraktionssitzung wurde dieser Zusammenschluss feierlich bekannt gegeben und İsmail Cem sprach vor den CHP-Abgeordneten. Nach zehn Jahren der Trennung - Cem verließ damals die CHP und schloss sich der DSP an - forderte

Cem in seiner Rede die CHP auf, zu den linken Idealen zurückzukehren. „*Wir hatten Ideale, wo sind diese unsere Ideale. Wir hatten bis in die frühen Morgenstunden politisch diskutiert. Lasst uns wieder unsere Ideale in Besitz nehmen. So wie ein latein-amerikanischer Linker es einmal ausgedrückt hat, ein Linker ohne Visionen ist kein Linker*“. In den Kommentaren wird diese politische Hochzeit jedoch lange nicht so positiv gesehen, wie es die Verantwortlichen der beiden Parteien tun. Der Zusammenschluss werde kaum zu mehr Wählern führen, er sei eine reine Augenwischerei, ohne einen politischen Effekt für beide Parteien. Die Verschmelzung beider Parteien muss noch durch zwei außerordentliche Parteitage im Spätherbst bestätigt werden.

Info-Mail

Der Chef der türkischen Zentralbank Süreyya Serdengeçti verwies auf die großen Preiserhöhungen bei Mieten und Bildungsausgaben hin. Das Inflationsziel für das Jahr 2004 sei aufgrund von Preisschwankungen in diesen Sektoren stark unter Druck geraten. Er forderte die Politik auf, nach geeigneten Maßnahmen Ausschau zu halten, diesen Wildwuchs in den Griff zu bekommen +++ Die Steuerschätzung in der Türkei für das Jahr 2004 wurde zum zweiten Mal korrigiert. Nach der ersten Schätzung vom 31.12.2003 von 99,173 Milliarden TL (ca. 55 Mrd. Euro) wurden die Erwartungen im Januar 2004 von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt nach unten korrigiert. In Abstimmung mit dem IWF wurde das erwartete Steueraufkommen nun wieder auf den alten Wert angehoben. +++ Nach einer Untersuchung des Ministerpräsidentenamtes sind 12,29% der türkischen Bevölkerung geistig oder körperlich behindert. Die Untersuchung, die in allen 81 Provinzen durchgeführt wurde, kam des Weiteren zu dem Ergebnis, dass sich die Behinderten in erster Linie eine größere finanzielle Unterstützung von Seiten des türkischen Staats wünschen. 21,7 % der Behinderten seien aber berufstätig. +++ Der Vorsitzende des Präsidiums für Religionsangelegenheiten, Prof. Dr. Ali Bardakoğlu, trat mit dem Appell an die Presse, dass der Islam in der Türkei sich erneuern müsse. Religiöses Wissen sei nicht an historischen Vorkommnissen festzumachen und damit unabänderlich, sondern müsse unter Maßgabe der rationalen Wissenschaftstheorie ständig entwickelt und erneuert werden. Dazu habe er vier bekannte türkische Theologieprofessoren mit der Erstellung einer zeitgemäßen Koranexegese beauftragt, weil die aktuell gültige Koranauslegung schon 80 Jahre alt sei. Sie war damals von Kemal Atatürk persönlich in Auftrag gegeben worden. +++ Nach einem Bericht der staatlichen Privatisierungsbehörde steht die Privatisierung des Handelshafen in Trabzon am Schwarzen Meer kurz bevor. Staatsminister Kürşat Tüzmen teilte mit, dass nach Gesprächen mit dem iranischen Handelsminister eine Einigung dahin gehend getroffen worden sei, die Handelsaktivitäten zwischen beiden Ländern zu verstärken. Der Trabzoner Hafen spiele in diesen Überlegungen eine bedeutende Rolle, da dort der Import und Export des Irans mit der Türkei und Europa durchgeführt werden könne. +++

Ankara, den 12. Oktober 2004

Frank Spengler/ Dirk Tröndle